

Antrag 212/I/2024

KDV Steglitz-Zehlendorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

TaskForce zur Verlängerung von Aufenthaltstiteln im LEA

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats
2 werden aufgefordert umgehend sich dafür einzusetzen,
3 das die Landesregierung Berlin schnellstmöglich eine ad-
4 hoc TaskForce bildet, bestehend aus Vertreter:innen der
5 Innenverwaltung (unter Federführung), der Integrations-
6 sowie der Sozialverwaltung, des Landesamts für Einw-
7 derung (LEA) sowie der Integrationsbeauftragten und ggf.
8 Vertreter:innen der Zivilgesellschaft. Ziel dieser TaskForce
9 ist es, eine kurzfristige Lösung - etwa durch vorüberge-
10 henden Abordnungen zum LEA - zu finden, um eine frist-
11 gerechte Bearbeitung von Aufenthaltstiteln in Berlin um-
12 zusetzen. Zugleich ist zur Gewährleistung der Rechte der
13 Betroffenen umgehend dafür Sorge zu tragen, dass diese
14 nach Antragstellung eine sog. Fiktionsbescheinigung er-
15 halten.

16

17

Begründung

19 Das Landesamt für Einwanderung kommt seiner staatli-
20 chen Aufgabe derzeit ungenügend nach. Zentral ist die Er-
21 teilung von Aufenthaltstiteln, damit sich Eingewanderte
22 und Geflüchtete legal in Deutschland aufhalten. Die ak-
23 tuellen Wartezeiten für einen Termin beim LEA zur Verlän-
24 gerung von Aufenthaltstiteln beträgt derzeit bis zu sechs
25 Monate. Dies führt aktuell dazu, dass sich hunderttausen-
26 de von Migrant:innen ohne gültige und fristgerecht ver-
27 längerte Aufenthalte in Berlin aufhalten. Faktisch sind sie
28 illegal, nicht etwa weil sie dies selbst verschulden, son-
29 dern weil die staatliche Behörde LEA ihrer Aufgabe nicht
30 nachkommt. Dies führt derzeit zu erheblichen Schwie-
31 rigkeiten für die Betroffenen. Bis zu einem Termin für
32 die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis erhalten Be-
33 troffene auf Nachfrage lediglich eine standardisierte E-
34 Mail, aus der ohne Nennung der Person und ohne amt-
35 lich beurkundete Bescheinigung hervorgeht, dass der Auf-
36 enthalt grundsätzlich weiter rechtmäßig ist. Diese E-Mail
37 wird von Dritten, etwa Vermietern, Arbeitgebern, Schulen
38 oder Grenzbeamten in den allermeisten Fällen aber nicht
39 anerkannt. Betroffene laufen daher akut Gefahr, ihre Ar-
40 beit zu verlieren, haben erhebliche Probleme bei der Woh-
41 nungssuche oder erhalten falls berechtigt, mangels gül-
42 tigen Aufenthaltserlaubnis keine staatlichen Leistungen,
43 zumindest nicht termingerecht. Auch ist es den Betroffe-
44 nen ohne gültige Papiere nicht möglich ein- und auszu-
45 reisen, etwa um einen Jahresurlaub anzutreten oder ihre
46 Familien in der ersten Heimat zu besuchen.

47

48 Dies betrifft nicht nur Geflüchtete, die sich erst seit Kur-

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

geeinte Fassung

TaskForce zur Verlängerung von Aufenthaltstiteln im LEA

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert, sich umgehend dafür einzusetzen, dass der Senat unter Federführung der Innenverwaltung (TaskForce unter Einbindung der SenASGIVA, der Integrationsbeauftragten und dem LEA) schnellstmöglich ressortübergreifend kurzfristige Lösungen erarbeitet, um eine Bearbeitung von Aufenthaltsanträgen und Verlängerungen in Berlin wieder zeitnah und kundenfreundlich umzusetzen und Einbürgerungen schnellstmöglich vorzunehmen. Dabei sind die personellen und sachlichen Ressourcen im LEA kurzfristig zu stärken, digitale Anträge bevorzugt zu fördern und dabei die Beratungsstrukturen und -kompetenzen in Berlin einschließlich der Integrationsbeauftragten einzubinden. Die Möglichkeiten einer unbürokratischen Verlängerung von Aufenthaltstiteln und Duldungen soll großzügig ausgeschöpft werden. Soweit eine unmittelbare Bescheidung nicht möglich ist, ist zur Gewährleistung der Rechte der Betroffenen umgehend dafür Sorge zu tragen, dass diese nach Antragstellung eine sog. Fiktionsbescheinigung erhalten.

49 zem in Berlin befinden, sondern auch alteingesessene
50 Migrant:innen, die noch nicht im Besitz einer Niederlas-
51 sungserlaubnis sind – ab fünf Jahren Aufenthalt und sozi-
52 alversicherungspflichtiger Beschäftigung - und die auf all-
53 jährliche oder zweijährliche fristgerechte Verlängerungen
54 ihrer Aufenthaltstitel angewiesen sind, damit sie und ihre
55 Familien sich legal in Deutschland aufhalten können.

56

57 Durch die Bildung einer TaskForce muss die Landesverwal-
58 tung das Ziel verfolgen, berechtigte Aufenthalte schnellst
59 möglichst zu legalisieren. Dazu muss die Aufenthaltsver-
60 längerung neben der Einbürgerung zur obersten Priorität
61 des LEA erklärt werden. Durch die Zusammenarbeit der In-
62 nenfachleute mit den Berater:innen der Integrationsbe-
63 hörde soll eine Problemorientierung gewährleistet sein,
64 die nah an den Bedürfnissen der Betroffenen ist und die
65 den Staat wieder handlungsfähig macht.